

**Rede von Christian Felber
auf der Demonstration FAIR GEHEN
am 13. Mai 2011 in Wels**

Ein ergänzender Satz zu Eva Rossmann:

Neid ist, wenn man jemandem etwas nicht gönnt, was er/sie zu Recht hat.

Wenn man jemandem etwas nicht gönnt, was er/sie zu Unrecht hat, ist das das Verlangen nach Gerechtigkeit.

„Wir müssen alle sparen“ – hat der ehemalige Finanzminister gesagt.

Müssen wir sparen?

Wer sind wir eigentlich?

Alle Österreicherinnen und Österreicher?

Das würde voraussetzen, dass wir in Summe ärmer würden.

Wenn wir **alle zusammen ärmer** würden, müssten wir alle sparen.

Aber werden wir ärmer?

Schrumpft die Wirtschaft? Schrumpft das Volkseinkommen?

Die Wirtschaft wächst heuer um 2%!

Und nächstes Jahr ebenso und übernächstes Jahr auch.

(Wenns stimmt.)

Aber wenn es stimmt, dann heißt das, dass alle um 2% mehr bekommen können.

Alle.

Alle Einkommen können um 2% steigen – kaufkraftbereinigt.

Wenn die Regierung sagt:

Ihr müsst sparen oder **ihr** – oder **ihr**!

dann geht sich das nur aus, wenn es gleich große „Nichtspargruppen“ gibt – für jede Spargruppe eine Nichtspargruppe, die nicht nur 2% mehr bekommt, sondern **noch mehr mehr**.

Sonst geht sich das mathematisch nicht aus.

Darum meine Bitte: wenn irgendwer in Zukunft zu Euch sagt: „Ihr müsst sparen“, dann fragt zurück: „**Für wen?**“ **Wer** kriegt dann das mehr, was wir weniger bekommen sollen?

Das ist keine Neidfrage.

Die Gewinner des Sparens werden konsequent verschwiegen.

Es gibt sie aber, weil irgendwo muss das Wirtschaftswachstum ja hinfließen!

Wer kriegt den Zuwachs?

Das sind zum Beispiel die Gläubiger des Staates.

Der Zinsendienst für die Staatsschuld steigt laut Budgetplanung in den nächsten Jahren von derzeit 7 Milliarden Euro in Richtung 11 Milliarden.

Bei den Beamten sagt man problemlos „Nulllohnrunde“ oder bei den PensionistInnen: Die sollen sich bescheiden. Warum gibt es keine „Nullzinsrunde“ für die Inhabern von Staatsschulden? Das wäre eine Einsparung von gut zehn Milliarden Euro.

Wir sollten uns für einen Zinsstopp stark machen! Nicht für den Pensionsstopp. Oder Bildungsstopp. Oder Sozialstopp. - Das hängt zusammen.

Dass die Behauptung „Es gibt kein Geld, wir müssen sparen“ ein Märchen ist, zeigt das Bankenrettungspaket. Zu einem Zeitpunkt, an dem schon seit Jahren behauptet wurde, dass „wir sparen müssen“, waren plötzlich 100 Milliarden Euro zusätzlich da – über Nacht!

Plötzlich war Geld in Hülle und Fülle da – aber nicht für die Pensionen und die Bildung und die Gesundheit und die Pflege, sondern nur für die großen Banken und Industriebetriebe.

Die gute Nachricht. An die Banken sind von den 100 Milliarden Euro nur 7 Milliarden geflossen. Die schlechte Nachricht: 30 Milliarden kommen an Haftungen und Garantien dazu.

Und wenn die nächste Schockwelle auf den Finanzmärkten eintrifft, können diese Garantien jederzeit schlagend werden – und dann brauchen wir nicht ein Sparpaket von 3 Milliarden, so wie jetzt, sondern von 30 Milliarden.

Für die Großbanken ist vorgesorgt.

Warum gibt es überhaupt so große, systemrelevante Banken, die nicht in die Insolvenz gelassen werden können?

Systemrelevante Banken wurden **gezielt herangezüchtet** – mit dem EU-Finanzbinnenmarkt, mit freiem Kapitalverkehr und globalem Freihandel (in der Welthandelsorganisation WTO).

Doch Banken gehören genauso wenig auf einen „globalen freien Markt“ wie Schulen, Krankenhäuser oder Trinkwasserversorger.

Die Versorgung der Wirtschaft und Gesellschaft mit Geld ist genauso grundlegend wie mit Energie, Wasser, ärztlicher Betreuung oder Bildung. Diese Versorgung muss dem Gemeinwohl dienen und demokratisch kontrolliert sein.

Es war ein **strategischer Fehler**, Banken in gewinnorientierte Unternehmen, Aktiengesellschaften und Global Player umzuwandeln. Dadurch wurden die Finanzmärkte nicht effizienter, sondern verantwortungslos, maßlos und instabil.

Private systemrelevante Banken werden mit dem Geld der SteuerzahlerInnen gerettet und gestützt. Das ist keine soziale Marktwirtschaft, sondern Sozialismus plus Monopolkapitalismus: Die Verluste der Allgemeinheit, die Gewinne den Privaten.

Die Vermögen der Geretteten wachsen gleich schnell wie die Schulden der Retter.

Die übermäßigen, geradezu überflüssigen Vermögen der Privaten sind der strukturelle Hauptgrund der Krise: Sie fließen auf die Finanzmärkte und bilden dort blasen – Inflation. „inflare“ kommt aus dem Lateinischen und heißt aufblasen.

Für die Gesellschaft wäre es besser, wenn der finanzielle Überfluss in regionale Kredite gelenkt und moderat besteuert würde.

Ein bisschen weniger (private) Vermögen bedeutet weniger (öffentliche) Schulden.

Die Vermögen sind viel größer als die Schulden: Die Staatsschuld beträgt 200 Milliarden Euro, die privaten Vermögen 1,3 Billionen Euro: das 6,5-fache.

Aber beim Thema Vermögenssteuer heißt es sofort und reflexartig: **Die belasten den Mittelstand.**

Doch Vermögen sind in Österreich so ungleich verteilt:

1 Prozent der Bevölkerung hat ein Drittel

10 Prozent der Bevölkerung haben ein zweites Drittel und

90 Prozent teilen sich das dritte Drittel.

....dass es gar keinen Vermögensmittelstand gibt

90 Prozent sind für den Finanzminister uninteressant – vermögenssteuerirrelevant.

Es würde ausreichen, die oberen 10 Prozent mit 1 Prozent zu besteuern.

Sie besitzen vom Vermögenskuchen, der 1,3 Billionen Euro schwer ist, rund 900 Milliarden Euro.

Wenn sie davon 1 Prozent abgäben, wären es 9 Milliarden Euro.

Damit allein ließe sich das Budget sanieren.

Und das ist keine Überraschung: Wir sind so reich wie noch nie!

Wir müssen **nicht** sparen, solange wir reicher werden!

Die Kampagne „Wege aus der Krise“ hat einen sehr vernünftigen und sanften Vorschlag gemacht, wie **nur der überflüssige Reichtum** in Österreich besteuert werden könnte und ist auf insgesamt 13,5 Milliarden Euro gekommen. Das ist genau 1% des Vermögens der Privathaushalte – kann also nicht übermäßig sein.

Mit diesen Einnahmen ließe sich nicht nur das Budgetdefizit beseitigen, sondern auch 250.000 Arbeitsplätze schaffen – in sozial und ökologisch sinnvollen Bereichen: Bildung, Gesundheit, Pflege, Gemeinden, öffentlicher Verkehr, erneuerbare Energien, biologische Landwirtschaft.

Es geht also auch ganz anders, nur die Regierung will das nicht, weil sie die Oberschicht schützt: die 10%, die zwei Drittel des Kuchens besitzen und auf ihre Vermögen auch noch arbeitslose Einkommen erhalten – **von uns allen**. Wenn sie aber jetzt nicht ein wenig teilen und ein oder wenige Prozent abgeben, dann werden sie früher oder später einen viel größeren Teil verlieren.

Die **Staatsbankrotte** stehen vor der Tür, weil die Profiteure der letzten 30 Jahre Umverteilung nicht bereit sind, einen kleinen Teil beizutragen. Mit 0 Prozent Vermögens- und Erbschaftssteuer werden wir die Staatsbankrotte aber nicht verhindern können!

Ein Geschäftsführer einer großen Firma hat mir persönlich gesagt. 1% willst du besteuern? Ich gebe gerne 5% her! Mir geht's so gut – und wenn Leute wie ich jetzt nichts beitragen, kommen wir nicht aus der Krise.

5% auf das Vermögen der Oberschicht wären 45 Milliarden Euro – die Krise der Staatsfinanzen wäre vorbei.

Die Demokratie ist vor 230 Jahren u. a. Gekommen, weil die damalige Oberschicht keine Steuern zahlte: der Adel und der Klerus.

Die, die am wenigsten hatten, zahlten alle Steuern: die einfache Bevölkerung.

In der allgemeinen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte steht deshalb weit vorne in Artikel 13, dass alle Mitglieder des demokratischen Gemeinwesens gemäß ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft Steuern zu entrichten haben.

Je höhere jemandes Einkommen und je größer jemandes Vermögen, desto größer soll der Anteil sein, der von diesen Vermögen und Einkommen an die demokratische Gemeinschaft zurückfließt, durch die diese Einkommen und Vermögen erst ermöglicht werden.

Die Tatsache, dass die Vermögendsten sinkende Beiträge zur Staatsfinanzierung leisten, ist nicht nur eine Absage an die soziale Gerechtigkeit, sondern der Abschied von der Demokratie.

Die Bankenrettung ist eine Bankrotterklärung der Demokratie:

Bei Rücksprache mit der Bevölkerung wäre es undenkbar gewesen, dass

- a) systemrelevante Banken gezielt herangezuchtet werden
- b) Banken mit dem Geld der SteuerzahlerInnen gerettet werden anstatt mit dem Geld der EigentümerInnen
- c) die geretteten Institute nicht sofort zerteilt werden auf nicht systemrelevante Größe
- d) die Banken dieselben Geschäfte machen wie vorher – und saftige Gewinne
- e) dass sie Filialen in Steueroasen offenhalten dürfen:

Alle systemrelevanten Banken, die mit Steuergeld gerettet worden sind und weiter gestützt werden, haben Filialen in Steueroasen : auf Jersey, auf den Cayman Islands, auf Zypern und in der Karibik!

Das ist ein Hohn auf die Demokratie. Der demokratische Souverän darf nur zuschauen – obwohl wir eigentlich die höchste Instanz sein und uns frei selbststimmen dürfen sollten. Das wäre jedenfalls der Sinn der Demokratie.

Ich glaube, es fehlt uns noch an Souveränsbewusstsein.

Ich habe Politikwissenschaft studiert – und bin im gesamten Verlauf meines Studiums nicht gefragt worden, was „Souverän“ bedeutet – und was das für Konsequenzen haben müsste.

Souverän heißt auf Lateinisch „über allem stehend“:
über der Regierung, über dem Parlament und über der Verfassung!

Und was heißt das, dass wir über allem stehen?

Ich habe nachgedacht und bin auf 7 Grundrechte gekommen:

1. Eine Regierung wählen
2. Eine Regierung abwählen
3. Eine Regierung korrigieren (wenn sie zum Beispiel Banken mit Steuergeldern retten will anstatt mit dem Geld der EigentümerInnen)
4. Selbst ein Gesetz auf Schiene bringen, wenn sich Parlament und Regierung nicht dafür interessieren, zum Beispiel die Begrenzung der Einkommensungleichheit oder die Schließung von Steueroasen.
5. Die Verfassung aus eigener Initiative ändern.
6. Grundversorgungsbereiche unter demokratische Kontrolle bringen wie die Bahn, die Post oder die Banken.
7. Konvente wählen, die Verfassungsziele umsetzen wie zum Beispiel wirtschaftliche Menschenrechte oder

Derzeit haben wir von diesen sieben Grundrechten, die ein echter Souverän verfügen müsste, keines.

Wenn wir mehr soziale Gerechtigkeit haben wollen, müssen wir uns zuerst eine echte Demokratie aufbauen.

Der erste Schritt könnte die gemeinsame Erarbeitung eines Souveränsbewusstseins sein.

Ich lade Sie und Euch alle ein, dieses souveräne Bewusstsein zu entwickeln – durch die Mitverantwortung jeder und jedes Einzelnen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Weblink:

<http://www.attac.at/>

<http://www.demokratische-bank.at/>

<http://www.gemeinwohl-oekonomie.org/>

http://www.christian-felber.at/schaetze/6_Initiativen.pdf